

Populismus im epochalen Wandel: Oberflächenphänomene und Tiefenstrukturen

von Jürgen R. Grote

Der Erfolg populistischer Parteien ist spätestens seit den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament unbestreitbar. Unbestreitbar ist ebenfalls die langsame Erosion traditioneller Volksparteien und die damit zusammenhängende Fragmentierung von Parteiensystemen in vielen EU Mitgliedsstaaten. Beides kann sowohl als Ausdruck, aber auch als Auslöser des populistischen Erfolgs gelesen werden. Dies ist ausführlich in den Medien debattiert worden und zwar meist unter der Fragestellung, ob es sich hierbei um ein eher zeitlich begrenztes Phänomen oder um eine irreversible und wachsende Zahl von Ländern umfassende Entwicklung handele.

Ein grundsätzliches Manko vieler Debatten ist, dass die wenigstens Beiträge eine klare Trennung vornehmen zwischen den Befindlichkeiten derjenigen, die entsprechende Parteien zu wählen bereit sind und denjenigen politischen Unternehmern, die ausgehend von diesen Befindlichkeiten diese in eine Richtung lenken, die von einer Lösung der ursprünglich zugrundeliegenden Probleme weit entfernt ist. Populistische Rhetorik ist eine Seite – die zugrundeliegenden Faktoren für ihren Erfolg sind etwas ganz anderes.

Dies ist das Problem des aktuellen medienpolitischen Diskurses: dass der Verweis auf abstruse politische Programmatik und auf abenteuerliche Führungsfiguren meist an der Oberfläche eines Phänomens verbleibt, das weit tiefergehende Wurzeln hat. Wenn Wählern und Anhängern unterstellt wird, sie würden die entsprechende parteipolitische Programmatik zu hundert Prozent teilen, dann ist es einfach, ihnen Dummheit, Unaufgeklärtheit, oder autoritäre Charakterzüge zu unterstellen. Diese eher oberflächlichen Erklärungsversuche betrachten den Erfolg populistischer Rhetorik als unreflektierten Reflex auf die Entscheidung Merkels im September 2015, suchen ihn in vorgeblichen Persönlichkeitsdefiziten und kollektiven seelischen Störungen oder etwa in ungünstigen Sozialisationsbedingungen. Populismus hat dann möglicherweise gar keinen spezifischen Inhalt, sondern stellt lediglich eine Form von Identitätspolitik dar. Populistische Parteien und deren Anhänger wären dann gleichermaßen von Pathologien befallen, die als unausgegorener Effekt einer kulturellen Entfremdung und als genereller Abwehrreflex gegen die Herausforderungen der Gegenwart schlichtweg inakzeptabel sind.

Solche an Oberflächenphänomenen verharrende Erklärungen sind insofern erstaunlich als mittlerweile eine Unzahl wissenschaftlicher Analysen vorliegt, die den Tiefenstrukturen des Phänomens auf die Spuren zu kommen versuchen.

Epochaler Wandel, beziehungsweise Epochenbruch

Praktisch alle wissenschaftlich ernst zu nehmenden Erklärungen setzen bei einer Art Epochenbruch an, der sich in Folge der durch Globalisierungs- und Kommodifizierungsprozesse (Privatisierung; „Zur-Ware-Werden zuvor gemeinschaftlich genutzter Ressourcen) ausgelösten Effekte bereits Ende des letzten Jahrtausends angekündigt hat und gegenwärtig seinem Höhepunkt zusteuert. Im Kontext dieses Bruchs ist es zu einer Neuausrichtung westlicher Gesellschaften von einer im nationalen Rahmen verankerten Industriemoderne hin zu einer neuen Ordnung gekommen, die als globale Moderne bezeichnet werden kann. Hinzu kommt die zunehmend dominanter werdende Rolle einer Form von Neoliberalismus, die einen Großteil sozialer und politischer Bereiche wirtschaftlichen Imperativen unterwirft. Formen kapitalistischer Herrschaft haben sich überall ausgebreitet – eine Tatsache, die deutliche Spuren in den Tiefenstrukturen unserer politischen und gesellschaftlichen Systeme hinterlassen hat.

Die Krise guten Regierens

Ausgegangen wird in der relevanten Literatur vom Prozess eines gleichzeitig verlaufenden Wandels nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche. Deutlich gemacht werden kann dieser Wandel mit Rückgriff auf ein Modell der drei wesentlichen gesellschaftlichen Ordnungsformen von Staat, Markt und Gemeinschaft. Im Gegensatz zu traditionellen Vorstellungen, denen zufolge Gesellschaften funktional in verschiedene Dimensionen differenziert sind, die je eigene Handlungslogiken ausprägen und relativ unabhängig voneinander existieren, gehen neuere Vorstellungen von der Existenz partieller Überschneidungen aus. Die dabei entstehenden Schnittmengen entscheiden darüber, welche der drei Dimensionen, beziehungsweise der diesen Dimensionen zugeordneten Akteure im Einzelfall dominiert und damit die Regeln vorgibt. Dort wo sich Staat, Markt und Gemeinschaft mehr oder weniger gleichgewichtig überlagern, wird von der Existenz „guten Regierens“ (*good governance arrangements*) ausgegangen. Die den verschiedenen Dimensionen zugrundeliegenden Logiken unterstützen sich gegenseitig und tragen damit sowohl zur Stabilisierung ihrer je eigenen Strukturen und Regeln wie auch denen des Gesamtsystems bei.

So (ökonomisch) produktiv, (politisch) demokratiefördernd und (gesellschaftlich) partizipatorisch derartige Arrangements auch sein mögen, so negativ und destabilisierend erscheinen ihre Effekte im Fall unilateraler, beziehungsweise nicht abgestimmter Einmischung – oder Usurpation – seitens eines „Partners“ in die Belange des anderen. Die gegenwärtige Populismusdebatte geht im Grunde genommen davon aus, dass es im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer solchen Usurpation gekommen ist und zwar primär seitens des Marktes und des zugrundeliegenden neoliberalen Mantras beziehungsweise der dieses Mantra propagierenden Akteure, das heißt großer multinationaler Konzerne und Banken.

Die entsprechenden Effekte auf Politik und Gemeinschaft, beziehungsweise Zivilgesellschaft, lassen sich ungefähr folgendermaßen charakterisieren. In der Politik beobachten wir als Folge der Einführung neuer Managementtechniken („*New Public Management*“) Prozesse der Deregulierung und partiellen Deinstitutionalisierung vor allem derjenigen Institutionen, die bisher markteinhegend gewirkt haben. Zunehmend inklusiver werdende **Praktiken der Elitenrekrutierung** (Michael Hartmann) sowie die Schrumpfung der Volksparteien und die Implosion des Parteiensystems beziehungsweise des politischen Zentrums tragen ihrerseits zu einem umfassenden politischen Mentalitätswandel bei.

In gesellschaftlichen Zusammenhängen beobachten wir einen partiellen Zerfall und eine Fragmentierung nicht nur von frei gewählten Gemeinschaften („*communities of choice*“) wie etwa Gewerkschaften, Unternehmerverbände, soziale Bewegungen, sondern auch von Schicksalsgemeinschaften („*communities of fate*“) wie Familien, Nachbarschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die Explosion von Ungleichheit und die Erosion gesellschaftlichen Zusammenhalts kann dabei in Extremfällen durchaus pathologische Formen individueller und kollektiver Anomie (Regellosigkeit) annehmen. Wenn auch in unterschiedlichem Maße ist von den genannten Prozessen praktisch die gesamte Gesellschaft betroffen und nicht nur die Wähler rechtspopulistischer Parteien. Dabei haben sich letztere in der Tat darauf spezialisiert, existierende Unzufriedenheit und Unsicherheiten auf raffinierte, das heißt polythematische Art und Weise (Finanzkrise, Flüchtlingskrise, institutionelle Krise) auf ihre Mühlen zu lenken und dabei im wesentlichen drei Ziele zu formulieren: Re-Nationalisierung, Re-Vergemeinschaftung und Re-Souveränisierung.

Polit-ökonomische Erklärungen

Die die Debatte dominierenden Ansätze bei der Analyse des Populismus konzeptualisieren diesen vor allem als ökonomische Verteilungskämpfe. Dabei beziehen sich einige der Autoren auf Arbeiten von **Dani Rodrik**, der bei der Untersuchung des Wechselverhältnisses von Populismus und Wirtschaft die Frage aufgeworfen hat, wie länderspezifische Ausprägungsformen von Links- und Rechtspopulismus zu erklären wären. Rodriks Hypothese ist, dass linker Populismus stark durch Protest gegen die mit der Globalisierung verbundene Freiheit von Kapital and Gütern verbunden ist, während sich rechter Populismus in Form von Protest gegen die Freizügigkeit des Personenverkehrs, also gegen Migration ausdrückt.

Die avancierteste in dieser Traditionslinie stehende Arbeit ist zweifellos Philip Manows „**Politische Ökonomie des Populismus**“. Ohne die Relevanz kultureller und mentalitätsgetriebener Faktoren zu unterschätzen, besteht Manow auf der zentralen Bedeutung wirtschaftlicher Hintergründe. Er vermeidet dabei den bei vielen Autoren vorliegenden analytischen Fehlschluss, aktuelle Stimmungslagen direkt als Ausdruck globaler Umwälzungen zu begreifen. In seiner empirisch breit angelegten vergleichenden Untersuchung baut er sozusagen einen Vermittlungsschritt beziehungsweise einen Filter ein, der es ihm erlaubt, die Eigenschaften verschiedener politökonomischer Institutionensysteme für unterschiedliche Reaktionsformen verantwortlich zu machen. Dazu bezieht er sich auf die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und deren Verbindungen zur institutionellen Verfasstheit von Arbeitsmärkten und Wohlfahrtssystemen. In Nordeuropa gibt es starke und relativ inklusive Wohlfahrtsstaaten. Migranten werden dort daher häufig als Wettbewerber um knappe, dem Sozialstaat zur Verfügung stehende Ressourcen gesehen. Sich „wohlfahrtsstaats-chauvinistisch“ gerierende Insider verteidigen dann die eigentlich ihnen zugutekommende Errungenschaften sozialer Fürsorge. Damit sind es rechtspopulistische Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Migrantenflüsse einzuschränken.

In Südeuropa ist es nicht primär der freie Personenverkehr, der eine Herausforderung darstellt, sondern eher die Güterglobalisierung. Länder wie Griechenland, Spanien und Italien sind abhängig von der Binnennachfrage, die sie durch höhere Staatsausgaben anzukurbeln versuchen, was ihnen aufgrund der Austeritätspolitik verunmöglicht ist. Entsprechend tritt der hier stärker auftretende Linkspopulismus vorwiegend für einen Rückgewinn von Kontrolle in der Geld- und Wechselkurspolitik und für entsprechende protektionistische Maßnahmen ein. Beim Rechtspopulismus in Großbritannien wiederum stehen nicht wohlfahrtsstaatliche Aspekte im Zentrum des Konflikts, sondern der Arbeitsmarkt. Hier handelt es sich um Protest von Arbeitsmarkt-Insidern, also typischen Globalisierungsverlierern. Insgesamt produziert Manows Arbeit also nicht nur eine politische Ökonomie, sondern wegen ihrer starken Fokussierung auf geographische Faktoren auch eine politische Ökologie des Populismus.

Kulturelle Begründungszusammenhänge

Die politische Soziologie hat kürzlich einen umfassenden Erklärungsversuch vorgelegt, der ökonomische Faktoren zwar ebenfalls berücksichtigt, insgesamt aber stärker auf kulturelle Begründungszusammenhänge verweist. Für **Cornelia Koppetsch** ist Populismus Zeichen eines aktuellen epochalen Umbruchs, eines Protests gegen materielle und immaterielle Statusverluste und somit eine Konterrevolution gegen Globalisierungsprozesse. Nicht der Aufstieg von Parteien neuen Typs steht bei ihrer Analyse im Vordergrund, sondern das Nachspüren von Veränderungen in den Tiefenstrukturen von Gesellschaften, die ganz wesentlich das Entstehen dieser Parteien erklären.

Ein zentraler Teil ihrer Arbeit befasst sich mit der sogenannten **Backlash-These**, der zufolge Populismus als Reaktion auf sich ursprünglich im Kontext der „Kulturrevolution“ von 1968 entstandene und seither hegemonial gewordene Werte zu verstehen ist. Den Zeitraum des letzten Viertels des vergangenen Jahrhunderts mit dem der letzten zwanzig Jahre unter dem Gesichtspunkt des Entstehens von Protestbewegungen vergleichend, wird argumentiert, dass für den Erfolg derartiger Bewegungen mindestens drei Faktoren zusammenkommen müssen - eine strukturelle Deklassierung wesentlicher Teile der Bevölkerung; eine Legitimationskrise der bestehenden Ordnung (in unserem Fall die Krise des progressiven ›Neoliberalismus‹); und schließlich generell strukturbedrohende Krisenereignisse. Dies lässt sich zum Teil für die Zeit des Entstehens neuer sozialer Bewegungen, ganz sicherlich aber für das langsame

Anwachsen rechtspopulistischer Bewegungen nachweisen. Man denke etwa an soziale und ökonomische Tendenzen der Prekarisierung, an die Krise neoliberaler Praktiken und Ordnungsvorstellungen und schließlich an die externe und interne Bedrohung durch Terroranschläge, Kriege oder eben auch durch massenhafte Zuwanderung.

Die beiden Phasen miteinander vergleichend kommt Koppetsch zu dem Schluss, dass es zwei grundlegende Kulminationspunkte gegeben habe, die durch Aufwärts- und Abwärtsbewegungen gekennzeichnet seien. 1968 war der Kulminationspunkt einer gesellschaftlichen Öffnungsbewegung, der immer mehr Menschen sozialen Aufstieg sowie soziale und politische Teilhabe ermöglichte. Hierarchien wurden abgebaut, Institutionen verflüssigten sich, und Werte wie Selbstbestimmung und Authentizität setzten sich nicht nur in den Hochschulen, sondern auch vielen Betrieben und öffentlichen Verwaltungen durch. Vieles davon basierte auf der nahezu utopischen Annahme einer grenzenlosen Gestaltbarkeit und Planung von Gesellschaft. Abgelöst wurde dieser Prozess durch eine daran anschließende umgekehrte Entwicklung in Richtung sozialer Schließung, die im Gründungsjahr der AFD (2013) ihren Kulminationspunkt erreichte. Zusammenfassend ließen sich die beiden Phasen als Aufstieg und als Abstieg des Liberalismus und zwar sowohl in Bezug auf dessen kulturelle als auch dessen ökonomische Implikationen verstehen. In einzelne Sequenzen unterteilt sind es vier Jahre, die bei der Einnahme unterschiedlicher Blickrichtungen als besonders wichtig erscheinen.

Der Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen setzt etwa im Jahre 1968 ein. Die an diese zunächst primär kulturelle anschließende ökonomische Liberalisierung im Jahre 1979 (die Reagan/Thatcher Phase als Beginn der Deregulierung von Märkten) sowie der Fall der Mauer im Jahre 1989 markierten die schrittweise Erosion der Politik einer nationalstaatlich verankerten Moderne und den Aufstieg des globalen Liberalismus westlicher Prägung. Zumindest in Teilen parallel dazu verlaufend symbolisieren andererseits 1979 (die Islamische Revolution), 1989 (das Erstarken antiliberalistischer Systemantagonismen) und 2001 (der Anschlag auf die Twin Towers) den Aufstieg rechtspopulistischer Gegenbewegungen, die sich gegen den globalen Liberalismus positionieren und sich auf die Nation als partikulare kulturelle Gemeinschaft berufen. Von Koppetsch auf den Punkt gebracht: „Nicht die Herauslösung, sondern die Wiedereinbindung des Individuums in Traditionen, nicht der Kampf des Subjekts gegen übermächtige Strukturen, sondern die Wiederherstellung von Strukturen, nicht Individualisierung und Verflüssigung, sondern Vergemeinschaftung und Verfestigung“.

Es geht also um Öffnungs- und Schließungseffekte. Der politisch eher restaurativen Phase des Wirtschaftswunders in den „*Trente Glorieuses*“, die Prozesse kollektiven sozialen Aufstiegs eingeleitet haben, folgte eine Phase der auch kulturellen Öffnung seit Ende der sechziger Jahre. Beide Phasen scheinen aktuell an ihr Ende gekommen zu sein. Es geht nicht mehr für alle nach oben, sondern **für einige wieder nach unten**. Dies betrifft vor allem solche Gruppen, die sich vormals zum erweiterten Kreis der Etablierten zählen konnten, also die Angehörigen der Mittelschicht.

Ein wichtiger in diesem kursorischen Abriss zu behandelnder Aspekt soziologischer Arbeiten betrifft in der Tat die Analyse der sozialen Lage Populismus-affiner Teile der Bevölkerung. Es sind nicht nur Globalisierungsverlierer, also Unterqualifizierte, Arbeitslose, in ländlichen Räumen lebende oder anderweitig Abgehängte, die besonders betroffen sind. Das Phänomen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Prekarisierung besitzt objektive und subjektive Ausprägungen. Im ersten Fall handelt es sich um effektive Ausgrenzung während es subjektiv durchaus unterschiedlich wahrgenommen werden kann. Einerseits trägt es dazu bei, massive Abstiegsängste auszulösen, andererseits wird es durchaus auch als Chance empfunden. Für diese Unterschiede in der Wahrnehmung ist eine zentrale und sich im Laufe der Zeit herausgebildete Spaltungssachse innerhalb der Mittelschicht verantwortlich.

Auf der einen Seite haben wir es mit einer kleinen Elite Superreicher und einer breiteren Schicht akademisch ausgebildeter und in urbanen Zentren lebender Kosmopoliten zu tun, die Resonanz und Anerkennung erfahren und sich in der neuen durch Flexibilität und ständige Verfügbarkeit gekennzeichneten Welt permanenter Selbstoptimierung weitgehend zuhause fühlen. Auf der anderen Seite haben wir eine absteigende traditionelle und oft in ländlichen Räumen beheimatete Mittelschicht, deren Angehörige zunehmend in die Defensive geraten und deren einmal vorhanden gewesene Selbstgewissheiten und Kontrollmöglichkeiten massiv bedroht sind. Es sind diese, die nicht nur stark am Erhalt eines exklusiven nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtssystems interessiert sind, sondern eben auch kulturell eine Umkehrung der durch die sozialen Bewegungen seit 1968 bewirkten Veränderungen anstreben.

Die politischen Narrative der Rechten sind auf aus dieser Gemengelage entstandene Ressentiments und Ängste ausgerichtet, die sich aus realer sozialer Deklassierung oder aus subjektiv empfundener Gefährdung speisen. Es wird versucht, diese Ressentiments zu aktivieren und ein „Bündnis der Betrogenen“ zu errichten, wodurch Kränkungen in gemeinschaftlichen Zorn auf das Establishment verwandelt werden.

Anstatt eines Fazits

Unabhängig davon, ob man ökonomische Erklärungen bei der Entstehung populistischer Bewegungen bevorzugt oder etwa kulturelle und Identitätsbasierte, zweierlei scheint alle zu einen: einerseits der Verweis auf durch Gefühle der Ohnmacht und Entfremdung hervorgerufene Ängste, die sowohl die Abstiegsbedrohten (Angst vor Überfremdung und vor einem schwachen Staat, der keine Sicherheit vor äußeren Gefahren bietet) als auch die „Arrivierten“ (Angst vor Demokratieverlust und reaktionärer Restauration) eint und bereits in einer **Geschichte bundesrepublikanischer Angstzyklen** gemündet ist. Andererseits der Verweis auf eine Intensität im Zuwachs von Komplexität, der niemand mehr gewachsen zu sein scheint. Neben der massiven Bekämpfung rechtspopulistischer Rhetorik und einer mit allen Mitteln rechtsstaatlicher Ordnung vorzunehmenden Bekämpfung offen rassistisch und faschistisch auftretender Militanz kann der Politik nur geraten werden, derartigen Ängsten nicht dadurch zu begegnen, dass sie komplexitätsreduzierende Antworten gibt, die generell nur kurze Halbwertszeiten haben. Sie müsste dazu bereit sein, zunehmend komplexer werdende Realitäten zu reflektieren und sie trotz sinkender Ambiguitätstoleranz in der Bevölkerung auch adäquat zu kommunizieren. Jeder Versuch, auf komplexe Probleme mit unterkomplexen Antworten und falschen Eindeutigkeiten zu reagieren, würde die Intelligenz des Wählers ignorieren und damit letztlich einem weiteren Anwachsen populistischer Kräfte Vorschub leisten. Wollte sie insgesamt ihren Primat wiedergewinnen, oder zumindest dazu beitragen, dass jene die verschiedenen Ordnungssysteme charakterisierenden Interdependenzen wieder ins rechte Lot kommen, dann müsste die Politik die Kommodifizierung weiterer Bereiche unterbinden und sie dort zurückfahren, wo sie bereits Dominanz erlangt haben. Sie würde damit Marktakteuren den Spaten entreißen, mit dem diese dabei sind, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln. Zugleich würde sie gewachsene Gemeinschaften, beziehungsweise die Zivilgesellschaft dazu ermuntern, komplexe Herausforderungen anzunehmen, Ambiguitätstoleranz zu entwickeln und plurale Lebensformen weiter auszubauen.

**Dr. Jürgen Grote ist Senior Researcher und Topic Leader (Governance and Politics)
am DOC Research Institute in Berlin**